



# SPRACH REPORT

P 20157 F

4/86

Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache

## ZUMSITZBAHJANA ANALPHABETISMUS – HIER BEI UNS? – ANALPHABETISMUS – HIER BEI UNS?

Als vor ein paar Jahren die Rede auf Analphabeten in der Bundesrepublik kam, war man in der öffentlichen Diskussion leicht geneigt, Analphabetismus für ein recht unwahrscheinliches Phänomen zu halten. Bekannt war, daß es in den Ländern der sogenannten Dritten Welt viele Menschen gibt, die über keine Lese- und Schreibkenntnisse verfügten. Selbst in Industrieländern, z. B. in den USA und in Kanada, gab es Anzeichen für eine hohe Zahl von Analphabeten. Aber – Analphabetismus ausgerechnet bei uns?

Inzwischen hat es in der öffentlichen Meinung einige Veränderungen gegeben. Bewirkt wurde dieser Wandel einmal dadurch, daß bei einer Reihe von Erwachsenen, die ihre »Rechtschreibkenntnisse« zu verbessern suchten, elementare Voraussetzungen für das Lesen und Schreiben fehlten. Bei den von Einrichtungen der Erwachsenenbildung angebotenen Kursen im Bereich »Deutsch für Deutsche« kamen diese Teilnehmer, wie es im Schuljargon heißt, einfach nicht mit. Die Zahl derer, die inzwischen Elementares nachholen, ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Nach einer Erhebung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes aus dem Jahre 1985 besuchten 6000 Erwachsene Lese- und Schreibkurse »von Anfang an«.

Zu vermuten ist, daß die Zahl der Betroffenen erheblich höher liegt. Nach der niedrigsten Schätzung des Hamburger UNESCO-Institutes beläuft sich die Zahl der Analphabeten in der Bundesrepublik auf etwa 600000 Erwachsene. Statistiken oder Schätzungen sind in diesem Bereich allerdings schwierig. Wer gibt schon öffentlich zu, daß er kaum lesen und schreiben kann?

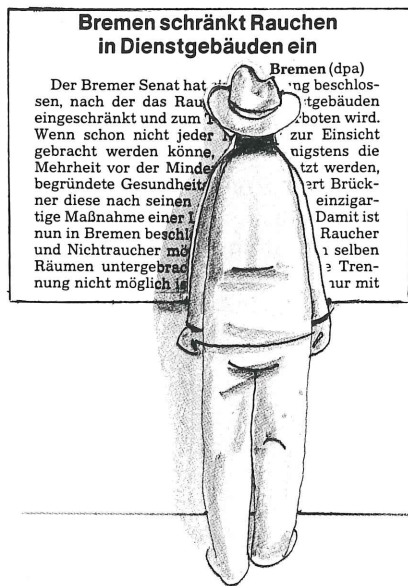
### Wer ist eigentlich ein Analphabet?

Aber selbst dann, wenn Zahlen genannt werden, wird gleich gefragt, wie Analphabetismus denn definiert sei. Zu Zeiten Wilhelms II. galt noch der als Alphabet, der seine Unterschrift auf eine Urkunde setzen konnte. Erst die sprichwörtlichen drei Kreuze gaben den Analphabeten zu erkennen. Und davon gab es kaum welche, folglich hat man das Problem schon vor dem

zu Land verschieden. Es gibt außerdem noch eine Reihe historischer Veränderungen und Ungleichzeitigkeiten.

In der Bundesrepublik ist die letzte zu beobachtende Veränderung des Standards eingetreten, als die Zahl der Arbeitslosen anstieg. Bei Einstellungen wird wieder mehr gefordert. Selbst in der Werbung für den Rechtschreibkududen kommt diese Tendenz zum Ausdruck: Richtiges Schreiben ist wieder gefragt, heißt es da.

Die Definition allein ist es aber nicht, welche eine unvoreingenommene Diskussion über Analphabetismus in der Bundesrepublik verhindert. Die Betroffenen selbst bilden keine Gruppe, die auf ihre Probleme aufmerksam macht. Schließlich gilt es hierzulande als selbstverständlich, daß man lesen und schreiben kann. Wer diese Kulturtechniken nicht beherrscht und sich öffentlich dazu bekennt, der gilt entweder als faul und als dumm, oder er gehört gar zu der neuen Spezies einer Null-Bock-Generation – was auch immer das sein mag. Daran ist zu erkennen,



Ersten Weltkrieg in Deutschland ad acta gelegt. Bei den heutigen Definitionsversuchen werden die Mindestkenntnisse zweifellos etwas höher angesetzt. Die UNESCO-Veröffentlichungen sprechen daher auch von funktionalem Analphabetismus, was besagt, daß Lese- und Schreibkenntnisse an gesellschaftlichen Standards gemessen werden. Wie ein solcher Standard aussieht, ist aber nicht nur von Land



# WORT-KLUFT OST-WEST?

## Erdmöbel

Der Zollstock heißt in der DDR Holzgliedermaßstab; und die Kinder und Jugendlichen, die allwöchentlich ihren obligatorischen Unterrichtstag in der Produktion abzuleisten haben, wo sie in aller Regel mit Hilfsarbeiten betraut werden, sind angehalten, nur diesen Ausdruck zu verwenden. Die Briefkästen in den Neubaublocks werden Hauspostschließfachanlagen genannt. Der schlichte Sack ist jetzt im anderen Deutschland aufgewertet zum flexiblen transportablen Schüttgutbehälter. Ein Bastelbogen mit Militärfahrzeugen, „für Kinder ab zehn Jahren“, lockt zum Abenteuer NVA (Nationale Volksarmee), und ein schnauzbärtiger Freizeitkämpfer von der „Gesellschaft für Sport und Technik“ – eine paramilitärische Organisation, die auf den Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee vorbereitet – wirbt um Mitarbeit im örtlichen Zivilschutzverteidigungskommando. Eine Ost-Berliner Sargtischlergenossenschaft, offenbar um ihr Ansehen bangend, hat sich in eine „Produktionsgenossenschaft Erdmöbel“ umgetauft. Bei der „Zentralvorstandssitzung“ der Blockpartei, so hieß das offiziell, wurde die ideologisch-schöpferische Arbeit der Ortsgruppenkomitees ausdrücklich mit Lob bedacht. Die Sprachschöpfer, die in der DDR allerorten am Werk sind und fast täglich die Kluft zwischen Ost- und West-Deutsch vertiefen, haben zumindest eine Anerkennung im Fach „unfreiwillige Komik“ verdient. mi

So stand es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9. Sept. 1986, S. 25.

## Auf erfundene DDR-Wörter reingefallen

Es ist ja einerseits erfreulich, wenn sich die Presse einmal wieder des Themas der sprachlichen Differenzierung zwischen den beiden deutschen Staaten annimmt. Aber doch – mit Verlaub – nicht so!

Da ist die Rede von der DDR-Sargtischlerei, die sich angeblich *Produktionsgenossenschaft Erdmöbel* nennt. Tatsächlich handelt es sich, wie schon mehrfach in der Presse erwähnt, um eine spöttische Erfindung der (mäßig) satirischen Ost-Berliner Zeitung *Eulenspiegel*, und genau so ist auch der fle-

xible transportable Schüttgutbehälter keine DDR-Bezeichnung für *Sack*, sondern eine spöttische Pseudodefinition (ein Sack ist ja tatsächlich ein ... siehe oben). *Zivilschutzverteidigungskommando* ist überhaupt kein DDR-Wort, sondern vermutlich eine Erfindung des FAZ-Glossisten »mi«, denn es handelt sich um eine Vermischung aus Westdeutsch *Zivilschutz* und Ostdeutsch *Zivilverteidigung* und Gemeindeutsch *Kommando*. In der DDR heißen Briefkästen auch weiterhin allgemein *Briefkästen*, aber es gibt in großen Neubauwohnblocks Briefkasten-Anlagen mit Dutzenden von Schließfächern – manchmal im Parterre, manchmal auch gesondert installiert, die bei der Post der DDR dann *Hauspostschließfachanlagen* genannt werden. Ich vermute, unsere Bundespost kommt auf ähnliche Einfälle.

Statt *Bundesvorstand*, wie bei uns, sagen die Parteien in der DDR natürlich *Zentralvorstand* – was denn sonst, da die DDR nun mal kein *Bund* ist.

Und wie definiert unser zweibändiger Brockhaus (1984) den angeblich in der DDR so verhunzten *Zollstock*? – *Gliedermaßstab*!

Auch bei uns verändert sich Sprache – laufend. Kümmern sich eigentlich unsere bundesdeutschen Sprachschöpfer darum, ob sie die »Kluft zwischen Ost- und Westdeutsch vertiefen«, wenn sie täglich neue Wörter erfinden?

Es ist ja wahr: In der DDR haben sich sprachliche Veränderungen ereignet, die manchmal dem westdeutschen Besucher, sicherlich aber auch vielen DDR-Bürgern, zu schaffen machen; teils Auswüchse bürokratischer Hal-tungen und Sprechweisen, die von der DDR-Presse meist kritiklos verbreitet werden, teils Zeugen wirklicher Veränderungen; einiges davon gehört zu den Ritualen öffentlicher Kommunikation, anderes schon zum Alltag. Es ist gar nicht nötig, Beispiele zu erfinden oder Spottausdrücke als bare Münze anzubieten. Es gibt genug echte Beispiele, es gibt sogar schon Wörterbücher für sprachliche DDR-Besonderheiten. Wie gravierend solche Unterschiede sind, entscheidet sich nicht zuletzt an unserer Informiertheit, an unserem Interesse, an unserer Offenheit gegenüber den Deutschen in der DDR und ihren Lebensumständen. Die FAZ-Glosse trug wohl kaum dazu bei.

Manfred W. Hellmann

### Literaturhinweis:

DDR Handbuch, 3. Aufl. (Verl. Wissenschaft und Politik) Köln 1985; darin Stichwort »Sprache« (von M. W. Hellmann), Bd. 2, S. 1261–1266.

# AUFRÜSTUNG DER BEGRIFFE?

17.–19. Oktober 1986  
in Darmstadt

Machen Worte Politik? Diese Frage beschäftigte schon in den frühen siebziger Jahren die Politiker verschiedenster Couleur, seit eine »Semantik-Arbeitsgruppe« der CDU unter Kurt Biedenkopf den (damaligen) Verlust der Regierungsmacht an die sozialliberale Koalition mit der dem politischen Gegner gelungenen »Besetzung von Begriffen« erklärte. Wenn auch diese Arbeitsgruppe schon lange nicht mehr existiert, und die politische Debatte unter dem Deckmantel der Sprachkritik von Politikerseite abgeflaut ist, so ist es doch kein Geheimnis, daß manch ein Kämpfer aus jener Zeit unter der derzeitigen Regierung zu höheren Weihen im Bundespresseamt gekommen ist. Im Besitz der Macht ist die Sprache offenbar weniger problematisch. »Kampf um Begriffe« als politisches Problem scheint eher an die Oppositions-Rolle geknüpft zu sein.

Die linguistische Sprachkritik hat sich seit jeher vom politischen Wortstreit (der ja meist ein Streit um Bedeutungen ist) abgegrenzt. Ihr kommt es weniger auf die strategische Ausbeutung von Sprachkritik und den Sieg in »semantischen Kämpfen an«, als vielmehr darauf, mit sprachwissenschaftlichem Instrumentarium der Frage nachzugehen, welchen Einfluß politischer Sprachgebrauch auf die Wahrnehmung von gesellschaftlich-politischen Ereignissen durch die Bürger/innen unseres Staates hat. Genau diese Frage stellte sich kürzlich eine Arbeits-tagung an der TH Darmstadt unter der Überschrift »Aufrüstung der Begriffe?«. Für die Veranstalter wies Prof. R. Hoberg nachdrücklich auf das Fragezeichen im Titel hin. Besonderer Schwerpunkt war die Untersuchung der Sprache der (Nach-)Rüstungsdiskussion der vergangenen Jahre. Schon an der Bezeichnung dieses politischen Streitfeldes scheiden sich bekanntlich die Geister. Ist doch, was die einen *Nachrüstung* nennen, den anderen *Vorrüstung* oder gar *Aufrüstung*.

Der *Verführung des Denkens durch die Sprache der Rüstung* möchte das Projekt »Sprache der Rüstung« an der TH Darmstadt nachgehen, welches von A. Burkhardt und K. Battke vorgestellt wurde. Eine Umfrage über den Alltags-

gebrauch von Begriffen der Rüstung und eine Untersuchung der Nachrüstungsdebatte im Bundestag wurden bereits durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, daß es der offiziellen Politik-Sprache gelungen ist, den Terminus »Nachrüstung« trotz Ablehnung der mit ihm verknüpften semantischen Assoziationen auch bei den Anhängern der Friedensbewegung durchzusetzen. Überhaupt führt eine intensive Beschäftigung mit der Rüstungspolitik dazu, daß die Rüstungsgegner selbst zu »Experten« werden und dabei nur allzuoft das militärische Fachvokabular übernehmen. G. Vowe wies allerdings darauf hin, daß sich der Gebrauch militärischen Fachvokabulars durch die Politiker auf ganz wenige Begriffe beschränke. (So machten die vier Ausdrücke *Nachrüstung*, *Genf*, *Mittelstreckenraketen* und *NATO-Doppelbeschluß* allein 60% des Aufkommens fachlicher Ausdrücke in der Nachrüstungsdebatte aus.)

Eine andere Beobachtung, wie sprachbedingte Mißverständnisse in der Politik zugleich Ausdruck tiefgreifender Auffassungsdifferenzen sein können, teilte F. Liedtke mit. Er war

der Frage nachgegangen »Was ist eine Mehrheit?« Wenn sowohl führende Regierungsmitglieder als auch Anhänger der Friedensbewegung behaupten, die Mehrheit der Bevölkerung stünde hinter ihnen, so ist dafür nicht nur Wunschenken verantwortlich. Vielmehr gehen erstere von einem »diskreten«, d. h. genau abzählbaren Mehrheitsbegriff der parlamentarischen Institutionen aus (d. h. Mehrheit der Sitze im Bundestag aufgrund von Wahlergebnissen), während letztere einen »kontinuierlichen« (demoskopischen) Mehrheitsbegriff verwenden (erkenntlich an Formulierungen wie *überwiegende Mehrheit*, *verschwindende Minderheit*, welche auf den Bundestag angewandt, merkwürdig klingen müßten). Semantische Unterschiede im politischen Sprachgebrauch sind eben nicht nur Oberflächenphänomene, die eine kosmetische Korrektur glätten könnte, sondern stehen oft für eine tiefgreifend andere Auffassung zentraler politischer Grundfragen, ja sogar für ein anderes Bild der Wirklichkeit.

Will man ein Fazit der Darmstädter Tagung ziehen, dann könnte man sa-

gen, daß Sprachwissenschaftler (aber auch Psychologen, Pädagogen und Politologen) sich ihrer Möglichkeiten, aber auch ihrer Verantwortung bewußt geworden sind, mit wissenschaftlichen Mitteln Sprachverföhrung des Denkens aufzudecken, um die Bürger zu einem bewußteren Umgang mit der Sprache anzuregen. Denn die Fähigkeit, mit Sprache transportierte, semantisch untergeschobene ideologische Inhalte als solche freizulegen, um die hinter ihnen stehenden Sachfragen und -differenzen zum Gegenstand einer wahrhaft rationalen Auseinandersetzung zu machen, ist eine der Grundvoraussetzungen des Gelingens einer wirklich pluralistischen Demokratie.

Dietrich Busse

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft der TH Darmstadt.

## ***Sprache der Gegenwart***

### ***Schriften des Instituts für deutsche Sprache***

## ***Neuerscheinungen 1987***

### **Rechtschreibung, Schrift, Sprache**

Band 68  
Von H. Glinz/B. Schaefer/H. Zabel  
144 Seiten, Broschur, ca. DM 44,-  
ISBN 3-590-15668-6

Der Band vereinigt drei Beiträge, die in engem Zusammenhang mit den nun schon jahrzehntelangen Bemühungen um eine Reform der deutschen Rechtschreibung stehen. Es werden ausführliche Hintergrundinformationen zur Rechtschreibreform gegeben; ausgewählte Einzelprobleme werden vorgestellt und erörtert.

Hans Glinz behandelt in seinem allgemeineren Beitrag – auch unter historischen Gesichtspunkten – das Verhältnis von Sprache und Schrift, die gesellschaftliche Rolle der Schrift sowie die Auswirkungen der Schrift auf die Sprachentwicklung. Die staatlichen Bemühungen um eine einheitliche und zugleich möglichst praktische Rechtschreibung werden erörtert. Darüber hinaus widmet sich Glinz wichtigen Fragen des Verstehens und der Textverarbeitung.

Burkhard Schaefer untersucht die möglichen Konsequenzen einer Schriftreform für die computergestützte Textverarbeitung. Er kommt zu dem Schluß, daß sich eine Einführung der gemäßigten Kleinschreibung nicht nachteilig auf die Effizienz von Verfahren der maschinellen Sprachverarbeitung auswirken würde.

Die Schreibung von sog. Fremdwörtern stellt für jede Orthographie-regelung ein besonderes Problem dar. Hermann Zabel präsentiert die Diskussion, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts geführt wurde, und erörtert die Fragen, die sich im Zusammenhang mit den heutigen Reformbemühungen stellen.

### **Grammatische Terminologie in Sprachbuch und Unterricht**

Band 69  
Hrsg. von Karl-Heinz Bausch und Siegfried Grosse  
229 Seiten, Broschur, ca. DM 58,-  
ISBN 3-590-15669-4

Sprachunterricht in der Schule kommt nicht ohne Grammatik aus. Um sprachliche Phänomene im Unterricht benennen zu können, braucht der Lehrer grammatische Begriffe, die mit Namen benannt werden. Diese Namen – Termini – stehen in Zusammenhang mit grammatischen Beschreibungen – der Grammatik – einer Sprache. Darüber besteht Konsens unter Pädagogen, Lehrbuchautoren und Sprachwissenschaftlern.

Unterschiedliche Theoriebildungen in der neueren Sprachwissenschaft haben zu unterschiedlichen Terminologiebildungen geführt, die auch in neuere Sprachbücher Eingang gefunden haben. So ist von Pädagogen und Lehrbuchautoren der Wunsch nach einer Vereinheitlichung der Terminologie in den Sprachbüchern und im Unterricht laut geworden. Aktuell wurde das Thema durch eine Initiative der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

Ein Verzeichnis grundlegender grammatischer Fachausdrücke, herausgegeben vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (von der Kultusministerkonferenz zustimmend zur Kenntnis genommen am 26. 2. 1982) wird im Anhang geboten.